



Michael Wolf studiert seit Herbst 2013 im Masterstudiengang „Europäische Politik und Gesellschaft“ in Innsbruck. Daneben arbeitet er als Studentischer Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft, engagiert sich beim Akademischen Forum für Außenpolitik und beim studentischen Journal „Nihil Adendum“. Kommentare/Kritik/Anmerkungen gerne an: „Michael.C.Wolf@student.uibk.ac.at“.

Zur Ausgangssituation

Rekordarbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation, demografische Umbrüche, Degenerierungsprozesse in Bildung und Wissenschaft sowie ein absolut kopflos agierendes Polit-Establishment. Es bedarf nur weniger Schlagworte, um den kontinuierlichen Niedergang eines vor wenigen Jahren noch prosperierenden Landes zu benennen.

Waren Bundespräsidentenwahlen vormals noch reine Persönlichkeitswahlen und kaum mehr als Ritterschläge für jene (leider ausschließlich) männlichen Politiker, die sich in unermüdlichem und meist jahrzehntelangem Einsatz besonders stark um die Republik verdient gemacht haben, sind die Umstände heute, 2016, vollkommen andere. Bereits die Wahlkampfphase mit einer Rekordzahl an aussichtsreichen BewerberInnen sowie einer Polar- und Politisierung der Themen prophezeite einen möglichen Systemwandel. Was am Sonntag dem 24. April 2016 um exakt 17:00 passierte, ist jedoch weniger als Wandel, denn als klarer Bruch mit dem gesamten Parteiensystem der Zweiten Republik zu erklären. Auf den Trümmern sozialdemokratischer und bürgerlicher Wertvorstellungen und gestützt auf große Teile des Staatsvolkes errichtete die FPÖ ein neues gesellschaftspolitisches Narrativ der Abgrenzung und Rückbesinnung auf längst überwunden geglaubte Denkmuster. Bis zu welchem Grad die Polemik der „Freiheitlichen“ die Gesellschaft in ihren Bann gezogen hat, ist zwar ungemein schockierend, lässt sich jedoch nach klaren demografischen Merkmalen differenzieren. So ergaben gemeinsame Wahltagsbefragungen von ORF/SORA und ISA, dass erwartungsgemäß vor allem Geschlecht und Bildungsgrad mit dem Wahlverhalten stark korrelierten. Dementsprechend votierten 45% der Männer und genauso viele WählerInnen ohne Abschluss einer höheren Schule für Norbert Hofer, den Spitzenkandidaten der FPÖ. Umgekehrt gab nur rund jeder/

Eine Republik am Abgrund!

Der erste Wahlgang der Bundespräsidentenwahlen vom 24. April 2016 bedeutet mindestens einen Wendepunkt in der Geschichte Österreichs. Die traditionellen großen Lagerparteien der politischen Mitte wurden nun endgültig bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, die FPÖ als Vertreterin des vormaligen „Dritten Lagers“ zur mit Abstand stärksten Kraft im Staat erkoren. Ein dystopischer Ausblick in eine wahrscheinliche Zukunft.

jede siebte ÖsterreicherIn mit mindestens Maturabschluss dem Freiheitlichen seine oder ihre Stimme.

Dystopischer Ausblick

Dass die FPÖ das höchste Amt in Österreich noch nicht fix in der Tasche hat liegt indes lediglich am Wahlmodus, welcher die absolute Mehrheit und damit eine Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Bewerbern vorsieht. Angesichts des großen Abstandes im ersten Wahlgang (rund 14 Prozentpunkte) ist Hofer gegenüber seinem Duellanten Alexander van der Bellen zweifellos klar im Vorteil. Zwar werden die Zähler wieder auf null gestellt – allerdings dürften die allermeisten FPÖ-Wähler am 22. Mai neuerdings für Hofer votieren, während sich außerdem noch zigtausende ÖVP- und Lugner-Unterstützer, manche Griss-Sympathisanten sowie einige Vertreter aus dem bisherigen Nichtwähler-Lager der rechtsextremen Partei anschließen werden. Für den keineswegs unwahrscheinlichen Fall, dass die noch zu formierende Mitte-Links-Koalition rund um van der Bellen am Ende unterliegt, steht die Republik jedenfalls vor einem historischen Wendepunkt. Obzwar der Bundespräsident in seinen Befugnissen klar von der Verfassung begrenzt wird, hat Hofer nämlich bereits angekündigt, seine Spielräume aktiver als jeder Präsident zuvor gestalten zu wollen. Was das für die Praxis heißen könnte, soll hier nun kurz skizziert werden.

Gemäß Artikel 70 Absatz 1 der Bundesverfassung steht dem Bundespräsidenten unter anderem das Recht zu, die gesamte Bundesregierung zu entlassen und in Folge eine neue zu ernennen. Diese Möglichkeit wurde zwar bisher noch nie angewendet, deren Umsetzung von Hofer im Rahmen des Wahlkampfes aber zumindest als ultima ratio mehrfach dezidiert angedroht. Angesichts der Tatsache, dass sich eine solche Regierungsumbildung auf eine Parlamentsmehrheit stützen müsste, um nicht gleich wieder durch ein Misstrauensvotum abgesetzt zu werden, stünden

Hofer zur Durchsetzung seiner Interessen im Wesentlichen zwei Möglichkeiten offen: Er könnte erstens eine ihm vollkommen willfährige Regierung einsetzen, die ihm sofortige Neuwahlen vorschlägt, noch bevor sie von einer Parlamentsmehrheit wieder abgesetzt würde. Dem allgemeinen politischen Klima entsprechend führten diese aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer blau-schwarzen Regierung unter der Ägide von Heinz-Christian Strache. Aber selbst wenn Hofer dieses Manöver zu riskant erschiene, könnte er die Regierung entlassen und eine schwarz-blaue Regierung unter entweder Einbeziehung oder Duldung bspw. des Team Stronach angeloben. Diese hätte momentan eine knappe Mehrheit im Parlament, weshalb eine blaue Regierungsbeteiligung auch ohne Verfassungskrise durchaus machbar wäre. Abseits dieser beiden Szenarien der direkten Einflussnahme durch Neo-Präsident Hofer ist sogar noch eine dritte Möglichkeit weit mehr als nur theoretisch denkbar. In Anbetracht aller rezenten Wahlergebnisse auf Bundes- wie Landesebene erschiene es äußerst legitim, wenn die bestehende rot-schwarze Regierung dem nächsten Bundespräsidenten von sich aus bittet, den Nationalrat gemäß Artikel 29 Absatz 1 B-VG aufzulösen, da ihr der für Reformen dringend notwendige Rückhalt der Bevölkerung augenscheinlich abhandengekommen ist. Faktisch wäre damit wie in Szenario eins der Weg frei für eine Kanzlerschaft von H.C. Strache.

Schicksalstag für Österreich

Kurzum: Sollte Norbert Hofer am 22. Mai wie erwartet triumphieren, sind die Tage der Regierung aller Voraussicht nach gezählt. Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ wäre unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten zweifellos mehr als legitim und eine Kanzlerschaft von H.C. Strache praktisch zum Greifen nahe. Wenn selbst die letzte Stimme der Vernunft und Menschlichkeit dem Populismus und dem Fremdenhass weichen muss, dann ist die Zweite Republik in ihrer bisherigen Gestalt aber jedenfalls am Ende.